



AUSTRIAN INSTITUTE FOR
EUROPEAN AND SECURITY POLICY



Bundesministerium
Landesverteidigung

Nr. 2021/6

Die Europäische Friedensfazilität

Ausblick und Erwartungen

von Sofia M. Satanakis
September 2021

AIIES STUDY

Executive Summary

Die folgende AIES Studie wurde im Auftrag des Bundesministeriums für Landesverteidigung (BMLV) verfasst und widmet sich der Europäischen Friedensfazilität (EFF).¹ Im Mittelpunkt stehen die neuesten Entwicklungen in Bezug auf die Fazilität, sowie die Frage nach den Erwartungen bzw. der Effizienz dieses neuen globalen ‚haushaltsexternen‘ Instruments.

Die Zuspitzung mehrerer regionaler Krisen stellt eine besondere Herausforderung für die Europäische Union (EU) und die Mitgliedsstaaten dar, weil gerade solche Entwicklungen die entgegengesetzten Positionen der EU-Länder am stärksten prägen. Das gegenwärtig zunehmend komplexer werdende sicherheitspolitische Umfeld der EU spiegelt sich inzwischen auch in der Bezeichnung bzw. in der Struktur der *geopolitischen* Kommission wider – der Blick wird vermehrt auf die globale Ebene gerichtet und die Union strebt international mehr Geltung an. Eine wichtige Rolle soll hierbei auch die Europäische Friedensfazilität spielen.

Der erste Abschnitt beleuchtet daher die wichtigsten Details in Bezug auf die Fazilität. Dieses neue Instrument wird es der EU erstmals ermöglichen, ihre Aktivitäten im Rahmen der Gemeinsamen Sicherheits- und Verteidigungspolitik (GSVP) Missionen und Operationen in den Zielländern durch Hilfsmaßnahmen zu ergänzen. Auf Ersuchen von Drittländern bzw. von regionalen oder internationalen Organisationen wird auch die Lieferung von militärischer und verteidigungsbezogener Ausrüstung und Infrastruktur bereitgestellt. Alle Hilfsmaßnahmen sollen in eine kohärente politische Strategie eingebettet sowie mit umfassenden Risikobewertungen und Schutzmechanismen flankiert werden.² Im zweiten Abschnitt des Dokuments stehen die daraus resultierenden aktuellen Herausforderungen und Unklarheiten der Fazilität im Mittelpunkt.

Das Impulspapier kommt zu dem Schluss, dass sich die EU und ihre Mitgliedsstaaten in einer entscheidenden Phase befinden, wobei die Handhabung der COVID-19 Krise und die Bewältigung der sozioökonomischen sowie sicherheitspolitischen Folgen dieser für den Erfolg des EU-Integrationsprojektes (sowohl nach innen als auch nach außen) ausschlaggebend sind.

Inhaltsverzeichnis

Executive Summary.....	1
Inhaltsverzeichnis	2
1. Einleitung.....	2
2. Der Mehrwert Einer Europäischen Friedensfazilität.....	3
3. Aktuelle Herausforderungen	4
4. Conclusio	5

1. Einleitung

Die erfolgreichen Jahrzehnte der europäischen Integration haben die Weltanschauung der Europäischen Union stark geprägt und zur festen Überzeugung geführt, dass nur ein inklusiver und vernetzter Multilateralismus zu nachhaltigem Frieden führen kann. Um jedoch nun die sogenannte „Sprache der Macht“ zu beherrschen³, bräuchte die EU zumindest eine teilweise strategische Autonomie in der europäischen Sicherheitspolitik sowie multilaterale Bündnisse in globalen Angelegenheiten.

Die divergierenden Ziele der globalen Hauptakteure (USA, China, Russland, usw.) spalten die europäischen Mitgliedsstaaten und Institutionen in geopolitischen Fragen. Dies hat zur Folge, dass die EU in den zunehmend umkämpften Gebieten in ihrer unmittelbaren Nachbarschaft im Süden und im Osten immer weniger Handlungsspielraum hat. Um durch die wachsende systemische Bipolarität mit mehreren regionalen Krisenherden sowie die sich abzeichnende Polarisierung zwischen den USA und China besser navigieren zu können, sollte Brüssel einen einzigartigen europäischen Weg verfolgen. Eine strategische Autonomie der EU schließt jedoch die Vertiefung der transatlantischen Beziehungen und die Stärkung des europäischen Pfeilers innerhalb der NATO nicht aus.

Seit den 1990er Jahren hat die EU ihre Gemeinsame Außen- und Sicherheitspolitik (GASP) kontinuierlich ausgebaut. Zu den Schwerpunkten zählen heutzutage die Stabilisierung ihrer geografischen Nachbarschaft sowie die erfolgreiche Bewältigung gewaltsamer Krisen und Konflikte. Dabei soll zunehmend auf

militärische Mittel gesetzt werden. Unter dem Motto "Ein stärkeres Europa in der Welt" wollte 2019 die Europäische Kommission unter Ursula von der Leyen erstmals einen geopolitischen Schwerpunkt setzen und somit eine bessere Koordinierung der Außen- und Sicherheitspolitik der Union anstreben, sowie den Multilateralismus auf der Grundlage europäischer Normen und Standards stärken. Allerdings wurden bedeutende geopolitische Ambitionen der EU nicht zuletzt aufgrund der Covid-19 Krise bislang nicht realisiert.

Trotz aller bisherigen Fortschritte liegt zwischen dem europäischen Anspruch und der Realität noch ein weiter Weg. Es wird vor allem ein strategischer Konsens innerhalb der EU benötigt, der von allen Staaten mitgetragen wird. Dies wird jedoch durch das Fehlen einer einheitlichen Position gegenüber gemeinsamen Bedrohungen, geopolitischen Zielen und großen Konkurrenten erschwert. Solange die Union nach außen hin den Eindruck erweckt, in grundlegenden außenpolitischen Fragen uneins zu sein, wird sie in einer Welt, die zunehmend von Großmachtpolitik geprägt ist, nicht ernst genommen.

Mit der Schaffung einer Europäischen Friedensfazilität (EFF), wird nun ein Paradigmenwechsel vollzogen, um den Werkzeugkasten der Union effizienter und nachhaltiger zu gestalten. Sie soll eine langjährige Lücke in der außenpolitischen Handlungsfähigkeit der EU schließen, indem sie ein Instrument für die umfassende Finanzierung der gesamten Gemeinsamen Außen- und Sicherheitspolitik in den Bereichen Militär und Verteidigung schafft.

2. Der Mehrwert Einer Europäischen Friedensfazilität

Die Rahmenbedingungen für die europäische Sicherheits- und Verteidigungspolitik haben sich in den letzten Jahren erneut geändert. Noch vor 10 Jahren wären die heutigen Realitäten der sicherheitspolitischen EntscheidungsträgerInnen hochwahrscheinlich als futuristische Dystopie diskreditiert worden. Gegenwärtig ist die Europäische Union den turbulentesten Entwicklungen seit ihrer Entstehung ausgesetzt und muss sich gleichzeitig mit mehreren komplexen Herausforderungen auseinandersetzen – u.a. die Bewältigung der Covid-19 Krise sowie der Umgang mit den sozioökonomischen und gesellschaftlichen Folgen der Pandemie. Darüber hinaus sieht sich die EU weiterhin mit einer teilweise unvorhersehbaren Sicherheitslage in der südlichen und östlichen Nachbarschaft konfrontiert, welche durch die Handlungen Russlands, das Erstarken Chinas, die zunehmenden Probleme mit der Türkei, sowie die fortbestehende Instabilität im Nahen Osten und Nordafrika zunehmend verkompliziert wird.

Inzwischen haben sowohl die EU als auch die Mitgliedsstaaten erkannt, dass mehr für die eigene Sicherheit sowie für die Stabilität der europäischen Nachbarschaft unternommen werden muss. Mit der Globalen Strategie (2016) hat Europa den Anspruch formuliert, seine (politischen) Prioritäten selbständig zu definieren und diese im Einklang mit seinen Werten und Interessen durchzusetzen. Innerhalb kürzester Zeit haben die EU-Mitgliedsstaaten mit der Ständigen Strukturierten Zusammenarbeit (PE-SCO)⁴, dem Europäischen Verteidigungsfonds (EDF)⁵ und dem Koordinierten Jahresbericht zur Verteidigung (CARD)⁶, Instrumente geschaffen, die es ermöglichen, ihre militärischen Fähigkeitslücken gemeinsam zu analysieren und zu schließen. Nun rücken zwei weitere Instrumente in den Vordergrund, welche eine gleichermaßen zentrale Rolle spielen, und die bisherigen Bemühungen abrunden sollen: der lang erwartete Strategische Kompass und die Europäische Friedensfazilität. Sollten die Erwartungen erfüllt werden, könnte es letztendlich zu Europas Sternstunde einer geostrategischen Neuausrichtung kommen.

Der Strategische Kompass ist ein Prozess, durch den Europa seine 'Naivität' überwinden, und sich

der zunehmenden Verflechtung der verschiedenen sicherheitspolitischen Themen besser bewusst werden könnte. Er stellt eine Möglichkeit dar, die Integration des EU-Verteidigungssektors weiter voranzutreiben und als Priorität aufrecht zu erhalten. Die strategischen Kulturen der EU-Mitgliedsstaaten könnten einander angenähert werden und dadurch könnte auch die dynamische Entwicklung der letzten Jahre fortgesetzt, sowie ein Glaubwürdigkeitsverlust der EU vermieden werden.

Darüber hinaus sollen mit Hilfe der Europäischen Friedensfazilität, welche Teil des umfassenden Ansatzes der EU zur Finanzierung externer Maßnahmen ist, die Grenzen der Vorgängerinstrumente überwunden werden. Die Einrichtung einer Europäischen Friedensfazilität wurde ursprünglich im Juni 2018 von der damaligen Hohen Vertreterin der Union für Außen- und Sicherheitspolitik, Federica Mogherini, vorgeschlagen, um das Krisenmanagement-Instrumentarium der EU zu erweitern, das zur Stärkung der Rolle der Union als wirksamer und reaktionsfähiger Sicherheitsgarant beiträgt.⁷ Im Dezember 2020 erzielten die EU-Mitgliedsstaaten eine politische Einigung über die Einrichtung der Fazilität. Am 22. März 2021 verabschiedete schließlich der Rat für Auswärtige Angelegenheiten den Ratsbeschluss 2021/509 zur Einrichtung der EFF, der am selben Tag in Kraft trat.⁸ Die Friedensfazilität wird ein breiteres Finanzierungsspektrum der gemeinsamen Kosten von EU-Militärmissionen und -Operationen abdecken und es der EU ermöglichen, Partner auf globaler Ebene zu unterstützen, entweder bilateral oder über internationale bzw. regionale Organisationen.⁹

Konkret ersetzt die EFF die Friedensfazilität für Afrika¹⁰ sowie den bisherigen ATHENA-Mechanismus, welcher seit 2004 die Beteiligung der EU an militärischen GSVP Missionen und Operationen förderte.¹¹ Beide werden nun zu einem einzigen kohärenten und eigenständigen Instrument zusammengeführt und vertieft. Um einen reibungslosen Übergang von der Friedensfazilität für Afrika zur Europäischen Friedensfazilität zu gewährleisten, haben die Mitgliedsstaaten im Oktober 2020 erstere um 113 Millionen Euro aufgestockt, um so die Finanzierung der damaligen gemeinwirtschaftlichen Verpflichtungen bis zum 30. Juni 2021 sicherzustellen.¹² Bereiche, die nun mit der EFF finanziert werden sollen, lassen

sich wie folgt einteilen: i) Erhöhung der Mittel für die militärischen Operationen der GVSP; ii) Finanzierung von größtenteils militärischen friedensunterstützenden Maßnahmen der Partner; iii) Stärkung der militärischen Kapazitäten von Drittstaaten oder regionalen Organisationen; iv) Finanzierung anderer operativer Maßnahmen der Union mit verteidigungspolitischen Bezügen.¹³

Da militärische Operationen bekanntlich nicht aus dem EU-Haushalt finanziert werden dürfen, sind die Mittel dafür meist knapp. Die Friedensfazilität soll dies nun ändern und die EU schlagkräftiger machen. Ende März 2021, unter der portugiesischen Ratspräsidentschaft, verabschiedete die EU letztendlich die Europäische Friedensfazilität mit einem Umfang von insgesamt fünf Milliarden Euro für den Zeitraum des Mehrjährigen Finanzrahmens (MFR) 2021-2027.¹⁴ Die Grundzüge der Finanzierung sehen folgendermaßen aus: Einrichtung eines Fonds, der aus (nach einem Bruttonationaleinkommen-Verteilungsschlüssel festgelegten) jährlichen Beiträgen der Mitgliedsstaaten finanziert wird.¹⁵ Da Dänemark sich bekanntlich nicht den Maßnahmen der EU mit verteidigungspolitischen Bezügen anschließt, wird es nicht verpflichtet sein, Beiträge zur Fazilität zu leisten. Es könnte jedoch unter Umständen zu freiwilligen Beiträgen bei einzelnen Maßnahmen kommen.

Gemäß einer Erklärung des EU-Rates sei das Hauptziel der Friedensfazilität die „Fähigkeit der EU zur Konfliktverhütung, zur Friedenserhaltung und zur Stärkung der internationalen Stabilität und Sicherheit“ zu verbessern.¹⁶ Durch diese Initiative werden der Union Möglichkeiten geboten, militärische Hilfe an Partnerländer zu leisten sowie den Einsatz eigener militärischer Missionen in Drittstaaten zu finanzieren. Mit der Friedensfazilität wird der geografische Interventionsbereich der EU erweitert, was Brüssel nun erlaubt Hilfe und militärische Ausrüstung in die ganze Welt zu schicken.¹⁷ Wichtige Merkmale der Fazilität sind daher die Vorhersehbarkeit und die Flexibilität – zwischen den oberhalb erwähnten Bereichen soll volle Fungibilität des Fonds bestehen.¹⁸

Europa hat ein neues Instrument zum nachhaltigen Krisenmanagement erhalten. Mit der Friedensfazili-

tät kann die EU im Rahmen von EU-Missionen Länder nicht nur ausbilden, sondern erstmals auch ausstatten. Die EU kann damit ihre Missionen und Operationen im Rahmen der GSVP sowie Infrastruktur und militärische Ausrüstung für die Partnerländer (beispielsweise Kleinwaffen und Munition) finanzieren. Da die Friedensfazilität jedoch unter der strengen Kontrolle der EU-Mitgliedsstaaten stehen wird, kann der Rat seine Unterstützung jederzeit aussetzen oder beenden, wenn ein Verstoß oder ein Missbrauch durch den Leistungsempfänger vorliegt.¹⁹ Außerdem ist in dringenden Fällen der Hohe Vertreter der EU ebenfalls in der Lage, eine Hilfsmaßnahme vorläufig auszusetzen.²⁰

Die Fazilität wird unter der Aufsicht und Leitung des sogenannten Fazilitätsausschusses nach Artikel 11 von folgenden Personen verwaltet: 1) einem Verwalter für Operationen; 2) dem Operationsbefehlshaber der jeweiligen Operation hinsichtlich jeder von ihm befohligen Operation und aller Unterstützungsmaßnahmen oder Teile davon, die gemäß Artikel 60 durch die Operation durchgeführt werden; 3) einem Verwalter für Unterstützungsmaßnahmen und 4) einem Rechnungsführer für Operationen sowie einem für Unterstützungsmaßnahmen.²¹ Der Ausschuss setzt sich aus Vertretern der Mitgliedsstaaten zusammen und beschließt mit qualifizierter Mehrheit (außer bei militärischen Operationen der EU). Sollte der Ausschuss jedoch zu keinem Beschluss kommen können, steht ihm die Option offen, die Angelegenheit über das Politische und Sicherheitspolitische Komitee an den Rat zu verweisen.²²

3. Aktuelle Herausforderungen

Die gemeinsame Lieferung von Rüstungsgütern an Partner ist eine Novität in der europäischen Integrationsgeschichte. Diese Neuerung kam jedoch nicht aus dem Nichts; sie ist Teil der langsamen, aber stetigen Bemühungen, die EU als vollwertigen Sicherheits- und Verteidigungsakteur auf der Weltbühne zu etablieren.

Dennoch ist die Tatsache, dass die Union Waffen beschaffen kann, für einige Mitgliedsstaaten ein prekäres Thema – vor allem, wenn diese in Ländern mit politischen Unruhen oder Menschenrechtsverletzungen eingesetzt werden könnten.²³ Es besteht

ein reales Risiko, dass die von der EU gelieferten Waffen und Ausrüstungen letztendlich von autoritären Regierungen zur Unterdrückung von Dissidenten im Inland eingesetzt werden könnten. Abgeordnete im Europäischen Parlament (EP) zeigten sich daher zwischenzeitlich gespalten über die Initiative der EFF. Es sei zwar ein strenges Kontrollregime vorgesehen, allerdings habe man in der Vergangenheit bereits mehrmals erlebt, dass Regeln nachlässig ausgelegt werden können. Aktionen im Rahmen der Friedensfazilität müssen dem EU-Verhaltenskodex für Waffenexporte entsprechen. Dieser sieht vor, dass militärische Güter nur geliefert werden dürfen, wenn die vollständige Einhaltung der Menschenrechte sowie des humanitären Rechts als gewährleistet gilt.²⁴ Aufgrund dessen wird vermehrt auf Transparenz sowie umfassende Kontrollrechte für das EP bestanden. Des Weiteren wird für die Europäische Kommission, als wichtigste supranationale Institution der Union, im Kontext der EFF nur eine marginale und rein exekutive Rolle vorgesehen. Es ist daher zu befürchten, dass sich die EU am Ende ausschließlich auf kurz- bis mittelfristige konjunkturelle Reaktionen anstatt auf langfristige Strukturpolitik konzentrieren könnte.²⁵

Darüber hinaus hat die COVID-19 Krise auch im Bereich der Sicherheit und Verteidigung ihre Spuren hinterlassen und die Union in ihrem außenpolitischen Handeln zusätzlich geschwächt. Es kam zu ersten Einsparungen beim Europäischen Verteidigungsfonds (von den ursprünglich vorgesehenen 13 Mrd. auf knappe 8 Mrd. EUR zurückgestuft)²⁶ sowie im Bereich der Raumfahrt.²⁷ Auch bei der Europäischen Friedensfazilität sah die Situation zu Beginn anders aus – die ursprünglich vorgesehenen 10,5 bzw. 8 Mrd. EUR für den MFR 2021-2027 ließen sich in den langen und komplexen Haushaltsverhandlungen letztendlich nicht durchsetzen und somit wurde die Fazilität auf 5 Mrd. EUR reduziert.²⁸ Die Obergrenze für die Mittel, die der Fazilität jedes Jahr zur Verfügung gestellt werden können, soll schrittweise von 420 Mio. EUR im Jahr 2021 auf 1,132 Mrd. EUR im Jahr 2027 erhöht werden.²⁹

Hinzu kommt noch die Tatsache, dass die COVID-19 Krise sowie die Brexit-Verhandlungen über einen längeren Zeitraum die volle Aufmerksamkeit der europäischen EntscheidungsträgerInnen auf Ebene

der EU bzw. der Mitgliedsstaaten beansprucht haben und somit existierende Konfliktlinien vernachlässigt wurden.

Obwohl die Union in den letzten Jahren aktiver im Bereich der Sicherheit und Verteidigung vorging, wurden die ursprünglichen Erwartungen bislang nicht erfüllt. Um Europas Souveränität in Sicherheitsfragen nachhaltig zu stärken, bedarf es daher neben einer gemeinsamen strategischen Kultur vor allem institutionelle Verbindlichkeit sowie die Fähigkeit zu schnellem und koordiniertem Handeln.³⁰ Daher wäre es ratsam, parallel zu all den oberhalb erwähnten Instrumenten, auch die Diskussion über einen sogenannten Europäischen Sicherheitsrat sowie die Einführung von qualifizierten Mehrheitsentscheidungen in der GASP weitzuvordringen.

4. Conclusio

Solange die Europäische Union nicht in der Lage ist, ihre geopolitischen und geoökonomischen Interessen eigenständig zu verfolgen, werden Brüssel und die EU-Mitgliedsstaaten im Laufe der Zeit zunehmend marginalisiert werden. Dies wird sich unter anderem negativ auf den Anteil Europas am globalen BIP, die Handels- und Wirtschaftspartnerschaften sowie die Einbindung in globale Lieferketten auswirken. Das erfolgreiche Funktionieren der deutsch-französischen Achse ist daher besonders entscheidend und die künftige Entwicklung wird stark von der Bundestagswahl Ende September 2021 sowie von den Präsidentschaftswahlen in Frankreich Mitte 2022 abhängen. Eine Schwächung des deutsch-französischen Motors würde sowohl die gemeinsamen Sicherheits- und Verteidigungsinitiativen verlangsamen als auch die Debatte über die strategische Autonomie der EU negativ beeinflussen.

Die EU wird sich der Komplexität der sicherheitspolitischen Herausforderungen zunehmend bewusst. Die Entwicklung eines gemeinsamen europäischen Narrativs ist hierbei ein ebenfalls wichtiger Punkt. Dies ist unter anderem von Bedeutung, um die Rolle der einzelnen EU-Mitgliedsstaaten bei der Vertiefung der Integration im Sicherheits- und Verteidigungsbereich stärker hervorzuheben; was wiederum in enger Verbindung mit einem tiefgreifenden

nationalen sicherheits- und verteidigungspolitischen Diskurs steht. Die Zukunft der Europäischen Union hängt von der Fähigkeit ihrer aktuell 27 Mitgliedsstaaten ab, gemeinsam effektive und nachhaltige Leistungen zu erbringen bzw. die Mittel zur Erreichung der gesetzten Ziele zu definieren – und dazu gehört inzwischen auch die Europäische Friedensfazilität.

About the Author

Sofia Maria Satanakis, M.E.S., ist Research Fellow am Austria Institut für Europa- und Sicherheitspolitik (AIES). Ihre Forschungsschwerpunkte liegen im Bereich der Europäischen Integration, insbesondere der Gemeinsamen Außen- und Sicherheitspolitik (GASP) und der Gemeinsamen Sicherheits- und Verteidigungspolitik (GSVP) der EU. Darüber hinaus beschäftigt sie sich mit dem Westlichen Balkan, Griechenland und der Türkei.

¹ Amtsblatt der Europäischen Union. BESCHLUSS (GASP) 2021/509 DES RATES vom 22. März 2021 zur Einrichtung einer Europäischen Friedensfazilität und zur Aufhebung des Beschlusses (GASP) 2015/528. (2021). <https://eur-lex.europa.eu/legal-content/DE/TXT/PDF/?uri=CELEX:32021D0509&from=DE>

² Deutsche Präsidentschaft im Rat der Europäischen Union. Rat erzielt politische Einigung über Europäische Friedensfazilität. (2020). <https://www.eu2020.de/eu2020-de/aktuelles/pressemitteilungen/europaeische-friedensfazilitaet-heiko-maas/2429690>

³ Europäische Kommission. Europa-Rede - Dr. Ursula von der Leyen Gewählte Präsidentin der Europäischen Kommission - Allianz Forum – Berlin. (2019). https://ec.europa.eu/commission/presscorner/detail/de/speech_19_6248

⁴ European External Action Service. Permanent Structured Cooperation – PESCO Deepening Defence Cooperation Among EU Member States. (2021). https://eeas.europa.eu/sites/default/files/pesco_factsheet_2021-05-version-2.pdf

⁵ European Commission. The European Defense Fund. (2021). https://ec.europa.eu/defence-industry-space/european-defence-fund-edf_en

⁶ European Defence Agency. Coordinated Annual Review on Defence (Card). (2020). [https://eda.europa.eu/what-we-do/EU-defence-initiatives/coordinated-annual-review-on-defence-\(card\)](https://eda.europa.eu/what-we-do/EU-defence-initiatives/coordinated-annual-review-on-defence-(card))

⁷ Europäischer Rat. Rat erzielt politische Einigung über Europäische Friedensfazilität. (2020). <https://www.consilium.europa.eu/de/press/press-releases/2020/12/18/council-reaches-a-political-agreement-on-the-european-peace-facility/>

⁸ European Parliament. European Peace Facility. Investing in international stability and security. (2021). [https://www.europarl.europa.eu/Reg-Data/etudes/BRIE/2021/690641/EPRS_BRI\(2021\)690641_EN.pdf](https://www.europarl.europa.eu/Reg-Data/etudes/BRIE/2021/690641/EPRS_BRI(2021)690641_EN.pdf)

⁹ European External Action Service. Questions & Answers: The European Peace Facility. (2021). https://eeas.europa.eu/headquarters/headquarters-homepage/46286/questions-answers-european-peace-facility_en

¹⁰ Bisher konnte die EU nur Friedensunterstützungsoperationen unter afrikanischer Führung (von der Afrikanischen Union oder von afrikanischen regionalen Organisationen geführte Operationen) unterstützen.

¹¹ Europäischer Rat. Athena – Finanzierung militärischer Operationen im Rahmen der Sicherheits- und Verteidigungspolitik. (2021). <https://www.consilium.europa.eu/de/policies/athena/>

¹² European Parliament. European Peace Facility. Investing in international stability and security. (2021). [https://www.europarl.europa.eu/Reg-Data/etudes/BRIE/2021/690641/EPRS_BRI\(2021\)690641_EN.pdf](https://www.europarl.europa.eu/Reg-Data/etudes/BRIE/2021/690641/EPRS_BRI(2021)690641_EN.pdf)

¹³ Santopinto, F. & Maréchal, J. (Konrad Adenauer Stiftung). EU-Militärhilfe im Rahmen der neuen Europäischen Friedensfazilität. (2021). <https://www.kas.de/documents/280929/11721132/EU-Milit%C3%A4rhilfe+im+Rahmen+der+neuen+Europ%C3%A4ischen+Friedensfazilit%C3%A4t.pdf/a3a47c20-7430-fe8b-57ed-e2baff16239a?version=1.0&t=1614354527135>

¹⁴ Portuguese Presidency of the Council of the European Union. A Global Europe. (2021). <https://www.2021portugal.eu/en/results/a-global-europe/>

¹⁵ Rat der Europäischen Union. Vorschlag der Hohen Vertreterin der Union für Außen- und Sicherheitspolitik mit Unterstützung der Kommission an den Rat für einen Beschluss des Rates zur Einrichtung einer Europäischen Friedensfazilität. (2018). <https://data.consilium.europa.eu/doc/document/ST-9736-2018-INIT/de/pdf>

¹⁶ Europäischer Rat. EU richtet Europäische Friedensfazilität ein. (2021). <https://www.consilium.europa.eu/de/press/press-releases/2021/03/22/eu-sets-up-the-european-peace-facility/>

¹⁷ Almeida, T. & Brzozowski, A. (euractive.de). EU-Fonds für Sicherheitspolitik: Brüssel plant fünf Milliarden Euro für Auslandseinsätze und Militärhilfe ein. (2021, 24. März). <https://www.euractiv.de/section/eu-aussenpolitik/news/training-und-ausruestung-eu-plant-fuenf-milliarden-euro-fuer-auslaendische-truppen-ein/>

¹⁸ Rat der Europäischen Union. Vorschlag der Hohen Vertreterin der Union für Außen- und Sicherheitspolitik mit Unterstützung der Kommission an den Rat für einen Beschluss des Rates zur Einrichtung einer Europäischen Friedensfazilität. (2018). <https://data.consilium.europa.eu/doc/document/ST-9736-2018-INIT/de/pdf>

¹⁹ European External Action Service. The European Peace Facility. (2021). https://eeas.europa.eu/sites/default/files/eu-peace-facility_factsheet_2021-03-22.pdf

²⁰ European External Action Service. Questions and answers on the European Peace Facility's Integrated Methodological Framework. (2021). <https://eeas.europa.eu/headquarters/headquarters-homepage/95400/>

²¹ Rat der Europäischen Union. BESCHLUSS (GASP) 2021/509 DES RATES vom 22. März 2021 zur Einrichtung einer Europäischen Friedensfazilität und zur Aufhebung des Beschlusses (GASP) 2015/528. (2021). <https://eur-lex.europa.eu/legal-content/DE/TXT/HTML/?uri=CELEX:32021D0509&from=de>

²² Rat der Europäischen Union. Vorschlag der Hohen Vertreterin der Union für Außen- und Sicherheitspolitik mit Unterstützung der Kommission an den Rat für einen Beschluss des Rates zur Einrichtung einer Europäischen Friedensfazilität. (2018).

<https://data.consilium.europa.eu/doc/document/ST-9736-2018-INIT/de/pdf>

²³ Almeida, T. & Brzozowski, A. EU-Fonds für Sicherheitspolitik: Brüssel plant fünf Milliarden Euro für Auslandseinsätze und Militärhilfe ein. (2021). <https://www.euractiv.de/section/eu-aussenpolitik/news/training-und-ausruestung-eu-plant-fuenf-milliarden-euro-fuer-auslaendische-truppen-ein/>

²⁴ Europäisches Parlament. Entschließung des Europäischen Parlaments vom 13. März 2008 zu dem Verhaltenskodex der Europäischen Union für Waffenausfuhren (Nichtverabschiedung des Gemeinsamen Standpunkts durch den Rat mit der Folge, dass der Rat den Verhaltenskodex nicht zu einem verbindlichen Rechtsinstrument macht). (2008). https://www.europarl.europa.eu/doceo/document/TA-6-2008-0101_DE.html

²⁵ Santopinto, F. & Maréchal, J. (Konrad Adenauer Stiftung). EU-Militärhilfe im Rahmen der neuen Europäischen Friedensfazilität. (2021). <https://www.kas.de/documents/280929/11721132/EU-Milit%C3%A4rhilfe+im+Rahmen+der+neuen+Europ%C3%A4ischen+Friedensfazilit%C3%A4t.pdf/a3a47c20-7430-fe8b-57ed-e2baff16239a?version=1.0&t=1614354527135>

²⁶ Brzozowski, A. EU touts ‘paradigm shift’ in defence as it inaugurates new fund. (2021). <https://www.euractiv.com/section/defence-and-security/news/eu-touts-paradigm-shift-in-defence-as-it-inaugurates-new-fund/>

²⁷ Brzozowski, A. Defence agenda: Defence initiatives and squabbling allies. (2020). <https://www.euractiv.com/section/defence-and-security/news/defence-agenda-defence-initiatives-and-squabbling-allies/>

²⁸ Council of the European Union. Proposal of the High Representative of the Union for Foreign Affairs and Security Policy, with the support of the Commission, to the Council for a Council Decision establishing a European Peace Facility. (2018). https://www.parlament.gv.at/PAKT/EU/XXVI/EU/02/60/EU_26051/imfname_10818839.pdf

²⁹ European Parliament. European Peace Facility. Investing in international stability and security. (2021). [https://www.europarl.europa.eu/Reg-Data/etudes/BRIE/2021/690641/EPRS_BRI\(2021\)690641_EN.pdf](https://www.europarl.europa.eu/Reg-Data/etudes/BRIE/2021/690641/EPRS_BRI(2021)690641_EN.pdf)

³⁰ Lippert, B. & Maihold, G. Krisenlandschaften und die Ordnung der Welt. (SWP-Studie). (2020). https://www.swp-berlin.org/publications/products/studien/2020S18_Krisenlandschaften.pdf